

Zürich, 21. August 2023

Meine täglichen Gedanken

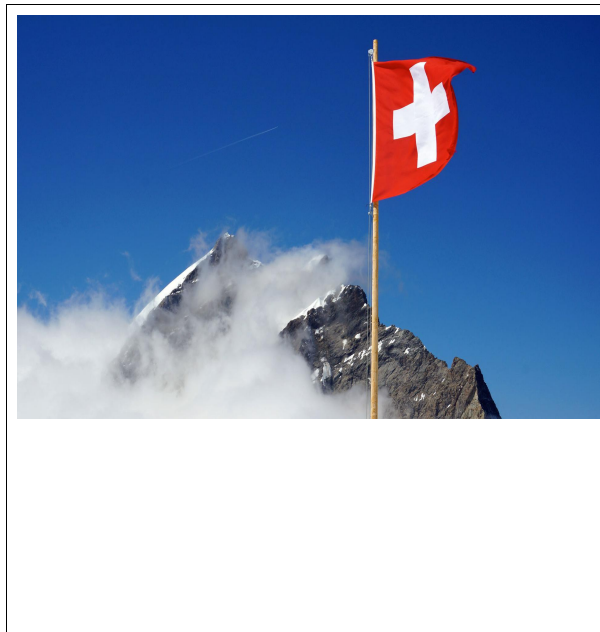
Neuausrichtung der Armee - Die Armee und die Politik sind Wiederholungstäter

vom 18. August 2023

Schlagzeilen aus der NZZ und anderswo

(Die Kommentare des Verfassers sind blau unterlegt)

10. Jahrgang Nr. 185



Der Armeechef setzt auf internationale Kooperation - Thomas Süssli zeigt auf, wie die Verteidigungsfähigkeit gestärkt werden soll *Georg Häsler, 18. August*

Als er sein Amt als Armeechef antrat, stand er für einen Kulturwandel. Thomas Süssli kam von der Sanität, war als Milizsoldat ein Quereinsteiger und stellte als Erstes einen Lehrgang zu Cyberbedrohungen auf die Beine. Ein Banker, der seine Karriere ohne den Pulverdampf der Kampftruppen vorangetrieben hatte. Doch am Donnerstag war es Süssli, der die Rückkehr zum militärischen Kernauftrag verkündete: **In Kloten präsentierte er den Bericht «Zielbild und Strategie für den Aufwuchs».** Das Dokument zeigt auf, wie die Armee ihre Verteidigungsfähigkeit wieder aufbauen will.

Für einen ersten Schritt stehen rund 13 Milliarden Franken zur Verfügung. Die Grundlage dafür ist die Erhöhung des Armeebudgets auf 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts bis 2035. Unter anderem sollen damit die Munitionslager wieder aufgefüllt werden. Süsslis Ziel ist aber die Voll-digitalisierung der Armee. Die schweren Mittel können dann rascher und effizienter eingesetzt werden. Der technologische Fortschritt soll dazu beitragen, einen bewaffneten Konflikt möglichst auf Distanz zu halten, etwa mit besseren Sensoren oder weitreichender Artillerie.

Warum hat Finanzministerin Karin Keller-Sutter bereits kundgetan, die Erhöhung des Armeebudgets werde erst bis 2035 statt wie vorgegeben bis 2030 erreicht? Ist unsere Armee in dermassen gutem Zustand, dass sich ein Land dies leisten kann? Die Armee darf nicht die Residualgrösse des Bundesbudgets sein, die Sicherheitspolitik ist Staatsaufgabe Nr. 1 und muss vom ordentlichen Budgetprozess ausgenommen werden. Im Budgetprozess muss die Armee „hors concours“ behandelt werden. Die politischen Parteien haben sich auf ein gut dotiertes Armeebudget zu einigen. Und dieses Budget, gut dotiert, muss bereits vor der Budgetauseinandersetzung feststehen. Die Sicherheitspolitik ist dem jährlichen Budgetprozess unwürdig. Die Auswirkungen dieser jährlichen unseligen Ausmarchung sind nun der

ganzen Bevölkerung bekannt. Die Armee kann ihren Auftrag nicht mehr erfüllen. Nur wenn bei der Sicherheitspolitik das Primat der Politik unverzüglich abgeschafft wird, wird die Armee in Zukunft ihren Auftrag gemäss Bundesverfassung erfüllen können!

Doch auch damit ist eine autonome Landesverteidigung kaum mehr möglich. Deshalb hat die Armee die Absicht, die Möglichkeiten der internationalen Kooperation voll auszuschöpfen. Im Fokus stehen die Ausbildung, die Teilnahme an Übungen oder Beschaffungen gemeinsam mit Nato, EU und Nachbarstaaten – **einfach stets unter dem Vorbehalt der Neutralität.**

Unter dem Vorbehalt der Neutralität, das ist eine Mogelpackung. Kein Fussballer geht in ein „Trainingslager“ um schliesslich nicht mitspielen zu können und zu wollen. Die Möglichkeiten der internationalen Kooperation haben Grenzen und diese Grenzen sind längst erreicht. Genauso wurde die Schweiz mit der „Partnerschaft für den Frieden“ geködert, eine Partnerschaft, welche sich nun zu einer Partnerschaft für den Krieg entwickelt hat. Es ist an Bundesrat Ogi zu erinnern, der im Vorfeld der Abstimmung über den EWR im Jahre 1992 von einem Trainings-ager für die EU sprach. Damit war das Schicksal des EWR besiegelt.

Im Schraubstock zwischen Verteidigung und Kooperation - *Georg Häsler (Text) und Cian Jochem (Grafiken) 18. August*

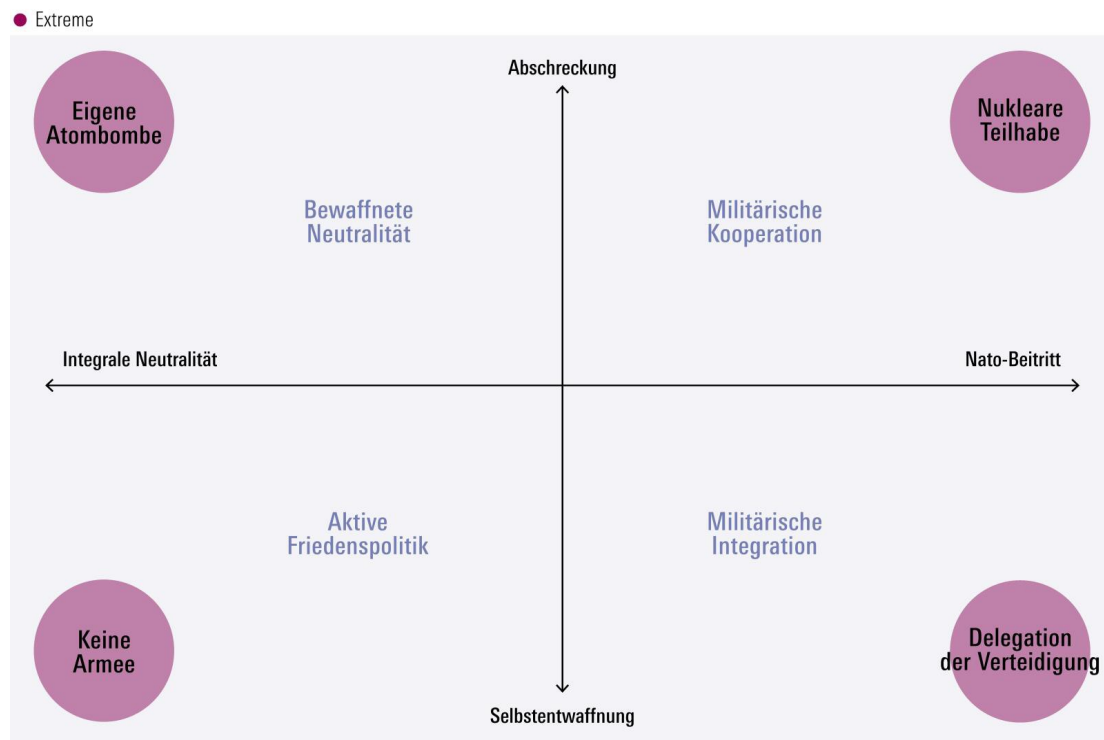
Der Chef der Armee legt einen Plan vor, wie er die Verteidigungsfähigkeit wieder aufbauen will. **Was fehlt, ist der Überbau:** Die Gewichtung der Neutralität ist hierfür ein zentraler Parameter.

Die Schweizer Armee trat 1939 ohne Fliegerabwehr in den Aktivdienst ein. So berichtete es der Chef des Generalstabs nach Kriegsende an General Henri Guisan. **Die schweizerische Zivilbevölkerung wäre deutschen Luftangriffen in der ersten Kriegsphase ungeschützt ausgesetzt gewesen.** Der militärische Aufwuchs hatte zu spät begonnen. **Bei der Mobilmachung, so der Generalstabschef, «war die Bewaffnung im Allgemeinen ungenügend und rückständig».**

Die Schweiz befindet sich in ihrem Bemühungen bezüglich Sicherheit und Landesverteidigung exakt wieder am gleichen Punkt wie im Jahre 1939. Die letzten 34 Jahre, seit dem Fall der Berliner Mauer wurden voll verschlafen, die Bundespolitik in ihrer ganzen Schattierung von Links bis Rechts wollte es so. Nur die SVP schickte sich in den letzten Jahren an, einen Kontrapunkt zu setzen, aber sie wurde von keiner anderen Partei unterstützt, auch von der FDP nicht!

Heute verfügt die Schweiz über keine Luftverteidigung. Die Fliegerabwehr, mit Ausnahme der reduzierten Bestände der Mittleren Flab ist nicht existent wie 1939! Selbst die WEA, die Weiterentwicklung der Armee hat die Defizite der Mobilmachung nicht wieder aufgeholt und überwunden. Bei der Bewaffnung zeigen sich nun Lücken verschiedener Grosssysteme für den Einsatz, so bei der Artillerie und der Flug-waffe. Die F/A-18 fliegen dem Ende ihrer Einsatzfähigkeit entgegen, die Aus-

lieferung der bestellten F-35 dürfte sich um Jahre verzögern! Wie soll ein Land selbst von der Grösse der Schweiz den Luftraum mit gar lächerlichen 36 Flugzeugen verteidigen können und gar noch ausserhalb des eigenen Luftraums zur Prävention bei der Verteidigung des Landes wirken können? Auch die zwei bestellten Einheiten Patriot sind noch nicht ausgeliefert und sind in ihrer Anzahl für die Luftverteidigung unseres Landes völlig ungenügend!



Der General setzte deshalb zuerst auf eine Kooperation mit Frankreich. Ein geheimes Eventualabkommen, der Plan H, sah vor, dass die französische Armee im Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz vorbereitete Artilleriestellungen auf dem Gempenplateau beziehen würde. **Nach dem Zusammenbruch Frankreichs 1940 blieb nur noch der Rückzug ins Reduit: eine Notlösung**, wie der Militärhistoriker Rudolf Jaun in seiner «Geschichte der Schweizer Armee» feststellt.

Korpskommandant Thomas Süssli, der Chef der Armee, hat mit dem Aufwuchs mehr Zeit als General Guisan. «Ein bewaffneter Angriff Russlands auf die Schweiz bleibt äusserst unwahrscheinlich», schreibt der Nachrichtendienst des Bundes in seiner jüngsten Bedrohungsanalyse. Zwischen dem Krieg in der Ukraine und der Schweiz steht ein Abwehr-dispositiv der Nato. Die unmittelbaren Nachbarn sind als EU-Staaten politisch und wirtschaftlich miteinander verbunden.

Kaum noch kämpfen - Doch der hybride Krieg autoritärer Regime zielt auf die Einheit und die enge Verflechtung des Westens. Bei einem schleichenden Sieg Russlands in der Ukraine droht deshalb auch eine Fragmentierung Europas. Gelingt es, das System der kollektiven Sicherheit, eine Konstante seit dem Zweiten Weltkrieg, aufzubrechen, werden bewaffnete Kon-flikte im näheren Umfeld der Schweiz wahrscheinlicher. Ein Krieg unter europäischen Staaten rückte näher an die Landesgrenze.

Eine starke, gut ausgerüstete und technologisch hoch entwickelte Armee hat keinen Gegner und auch eine mögliche (Konjunktiv) Fragmentierung Europas zu fürchten, denn die Schweiz wird aufgrund ihrer Lage nicht ein primäres Ziel kriegerischer Auseinandersetzungen sein. Und schliesslich hat sich ein West-Ostkrieg in Europa schon seit Jahren (Kalter Krieg) manifestiert, er ist nicht gestern vom Himmel gefallen. Die USA sind an dieser Situation mitschuldig, die Nato-Osterweiterung lässt grüssen, die USA sind auch die Ursache für eine mögliche Fragmentierung Europas. Welche europäischen Staaten sollen sich denn gegenseitig bekämpfen?

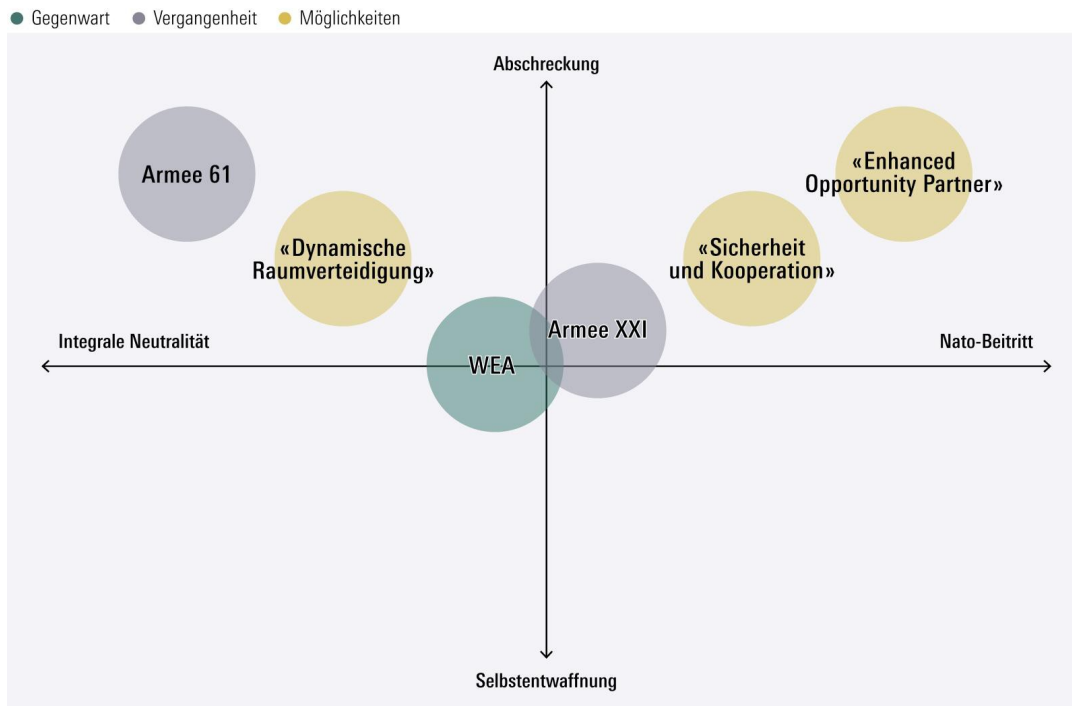
Aus einer militärischen Perspektive ist der Aufwuchs, der Wiederaufbau der Verteidigungsfähigkeit, auf dieses gefährlichste Szenario auszurichten. Eine Armee muss in der Lage sein, in einem high intensity war, einem Krieg von hoher Intensität, zu bestehen. So wie die Streitkräfte Frankreichs oder die US Army. Fehlen im entscheidenden Moment die Ausrüstung und das Training des Gesamtsystems, bleiben nur noch schlechte Varianten – ähnlich wie bei der Mobilmachung 1939.

Über die Stärke der französischen Armee sollte man sich auch heute keinen Illusionen hingeben. Noch immer sind die USA der Garant für Westeuropa.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung rüstete die Schweiz im Kalten Krieg auf. Der Wehrwille wurde als Staatsräson zelebriert. Das Ziel war die autonome Landesverteidigung. Über eine Kooperation oder den Rückzug ins Reduit wurde nicht geredet. Der militärische Erinnerungsort der Schweiz ist deshalb die Armee 61, deren Grundkonzeption bis 1994 Gültigkeit hatte: flächendeckende Raumverteidigung und Fähigkeit zum Gegenschlag.

Seit 1989 dem Fall der Berliner Mauer wurde unter dem Schlagwort Friedensdividende die Schweizer Armee nach und nach mehrmals mannschaftsmässig verkleinert, von der Mobilmachung gemäss Armee 61 Abstand genommen und die Beschaffung wichtiger grosser Waffensysteme wurde durch den politischen Prozess mehrfach verzögert oder gar reduziert. Nun ist die Armee für längerdauernde Einsätze auf dem ganzen Territorium der Schweiz gar nicht mehr einsatzfähig und ihre Bereitschaft und Einsatzfähigkeit auf einen lokalen Angriff auf drei Wochen reduziert. Mit anderen Worten, der Begriff Armee kann und darf für die gegenwärtige „Armee“ gar nicht mehr verwendet werden, denn dies bedeutet Vorspiegelung falscher Tatsachen, damit wird die Bevölkerung der Schweiz betrogen und im Ungewissen belassen. Die Verantwortlichen dieser sicherheitspolitischen Misere sind längst nicht mehr in der Politik tätig und niemand hat die Verantwortung für dieses Desaster übernommen und niemand wurde deswegen verurteilt.

Heute kann die Armee im Einsatz die zivilen Behörden unterstützen – helfen und schützen, wie die Militär-PR den Rumpf-Zweck der schweizerischen Landesverteidigung verkaufte. Die Kernkompetenz, der Kampf, wurde in den letzten drei Jahrzehnten auf das absolute Minimum reduziert. Noch drei Brigaden, eine davon ohne fest eingeteilte Kampftruppen, trainieren seit der letzten Reform, der Weiterentwicklung der Armee (WEA) ab 2017, noch das Gefecht der verbundenen Waffen.



Das Koordinatensystem - Diese beiden Positionen – die Armee 61 und die WEA – bilden zwei Punkte in einem Koordinatensystem militärischer Konzepte: Das Spannungsfeld zwischen einer strikten, integralen Neutralität und dem Beitritt zu einem Bündnis wird auf der einen Achse dargestellt, der Grad der militärischen Kampfkraft auf der anderen. Die Systematik folgt keinen exakten Messungen, sondern basiert auf den Zeitumständen und einer politischen Beurteilung (siehe obere Grafik). Aus diesen Abhängigkeiten ergeben sich vier grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen der schweizerischen Sicherheitspolitik:

1. **Bewaffnete Neutralität:** Die bis heute gültige Maxime verlangt ein möglichst hohes Mass an autonomer Landesverteidigung. Nach dieser Logik gilt: Je neutraler die Schweiz sein will, desto mehr militärische Kampfkraft wird benötigt. Die Armee 61 blieb ein Kompromiss nach einem langen Konzeptionsstreit und diente der Dissuasion, sollte also einem Gegner mit ihrer Präsenz «abrat», die Schweiz anzugreifen. Gleichzeitig wurde auch ernsthaft die Idee der atomaren Abschreckung diskutiert, am deutlichsten 1966 von Gustav Däniker in seinem Werk «Strategie des Kleinstaats». Auf den Bau einer eigenen Atombombe wurde schliesslich aber verzichtet.
2. **Aktive Friedenspolitik:** Das andere Extrem propagiert ein Teil des links-grünen Lagers und fordert bis heute die Abschaffung der Armee. Eine erste Initiative wurde im November 1989 zwar abgelehnt, aber mit einem überraschend hohen Ja-Anteil von 36 Prozent. Zur Idee einer Schweiz ohne Armee gehört eine aktive Friedenspolitik und gemäss dem «antimilitaristischen Manifest» eine strikte Neutralität: «Indem sich die Schweiz nicht militärisch an Konflikten beteiligt, kann sie eine umso stärkere Rolle in der internationalen Friedensförderung einnehmen.»
3. **Militärische Kooperation:** Eine Zusammenarbeit mit den benachbarten Armeen und Bündnissen reicht von Absprachen im Fall eines Angriffs wie beim Plan H zu Beginn des Zweiten Weltkriegs bis zu einem Beitritt zur Nato. In allen Fällen steht die Normierung der Prozesse und Verfahren im Vordergrund: Die interoperability ist die Voraussetzung, um überhaupt kooperieren zu können. Seit dem Ukraine-Krieg hat die Bedeutung der inter-hangeability zugenommen: die Fähigkeit, Waffensysteme unter Partnern auszutauschen.

Am weitesten geht die militärische Kooperation bei der nuklearen Teilhabe, also der Bereitschaft, einen atomaren Gegenschlag der Partner aktiv zu unterstützen.

4. **Militärische Integration:** Island verzichtet auf eine eigene Armee, integriert dafür aber eine bestimmte Anzahl militärischer Einheiten in die Strukturen der Nato. Die Niederlande haben ihre schweren Kräfte auf das Minimum reduziert und mit der Bundeswehr zusammengelegt, betreiben dafür aber eine starke Luftwaffe. Seit 2013 wird diese enge Verflechtung namentlich europäischer Armeen Framework Nation Concept genannt oder deutsch: Rahmennationenkonzept. Ein Land übernimmt die Verantwortung für eine militärische Fähigkeit, andere können sich daran «anlehnen».

Auch ein kleines Land, welches sich der Neutralität verpflichtet hat, kann nur die bewaffnete Neutralität verfolgen, wenn es glaubwürdig bleiben will. Die Schweiz hätte es in der Hand gehabt, diese bewaffnete Neutralität glaubwürdig mit einem tatkräftig erhöhten Armeebudget auch gegenüber dem Ausland zu dokumentieren. Dass dies mit 30 Kampffliegern, einer veralteten Artillerie, einer praktisch nackten Fliegerwehr und einem nicht voll ausgerüsteten Mannschaftsbestand, (mehrmalige Reduktion) nicht mehr möglich ist, muss nicht weiter erklärt werden.

Die Politik hat dies alles zu verantworten. Mit dem Primat der Politik wurden alle notwendigen und dringenden Ausbauschritte der Schweiz seit 1989 pulverisiert. Es muss leider davon ausgegangen werden, dass sich dies auch mit der Aufforderung zur Wiedererlangungen der Verteidigungsfähigkeit nicht ändern wird.

So bleiben die Alternativen 3 und 4 gar keine echten Alternativen, da sie die Neutralität unseres Landes in Frage stellen.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine forderte zuerst der FDP-Präsident Thierry Burkart, die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Nato müsse massiv ausgebaut werden: «Weder aus techno-logischer noch aus finanzieller Sicht kann heute eine auf sich gestellte Verteidigung gewährleistet werden», schrieb Burkart in einem Gastbeitrag in der NZZ und hielt fest, dies sei mit der Neutralität vereinbar: Bei einem direkten Angriff erlaube das Völkerrecht eine militärische Zusammenarbeit.

Diese Argumentation ist völlig falsch. Mit einer engen Zusammenarbeit mit der Nato gibt die Schweiz ihre Neutralität preis, selbst sie der Nato nicht beitrifft. Erst bei einem direkten Angriff auf die Schweiz sind wir zur Aufgabe der Neutralität und zur Partnersuche berechtigt. Dies kann nicht im Vorfeld zu Zeiten des relativen Friedens geschehen! Die FDP versucht damit ihre Mittäterschaft der letzten 34 Jahre bei der Vernachlässigung der Sicherheitspolitik kleinzureden!

In der Tat wäre ein militärischer Alleingang heute noch schwieriger als im Kalten Krieg: Waffen mit grosser Reichweite – etwa ballistische Raketen, Marschflugkörper oder Hyperschall-Flugkörper – zwingen zur Zusammenarbeit, weil die Flugbahn den Luftraum mehrerer Staaten betreffen kann. Auch Systeme der bodengestützten Flugabwehr wie die russischen S-400-Batterien können über die Landesgrenzen hinaus wirken und die Souveränität einschränken.

Da ist der Konjunktiv fehl am Platz. Unter diesem Gesichtspunkt müsste man ja zum Fazit gelangen, die Schweizer Armee ganz abzuschaffen, weil sie gegen Waffen, welche die Schweiz selbst nicht besitzt, ohnehin machtlos wäre....!

Die Schweiz als neutrales Land wäre insbesondere in der Grauzone zwischen dem Worst Case, einem Krieg, und der gegenwärtigen, bereits angespannten Lage besonders exponiert: Ein Angriff aus der Luft oder ein Sabotageakt würde keinen Nato-Bündnisfall auslösen; als neutrales Land wählt die Schweiz den Alleingang. Es stellt sich die Frage, ob eine enge Auslegung der Neutralität nicht dem Zweckartikel der Bundesverfassung widerspricht, wonach der Bund die Freiheit und die Rechte des Volkes schützt und die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes wahrt.

Es ist eine Illusion zu glauben, die Schweiz wäre heute das primäre Angriffsziel, weil die Schweiz nicht der Nato angehört. Man sollte aufhören, Angriffsszenarien im Konjunktiv zu konstruieren, um die Schweizer Bevölkerung von einem Nato-Beitritt und der Aufgabe der Neutralität zu überzeugen!

Kategorischer Widerstand - Zudem verbindet die Verfassung den Auftrag der Armee, im Kern die Kriegsverhinderung, nicht unmittelbar mit der Neutralität. Der Zusammenhang wird aus den völkerrechtlichen Verpflichtungen neutraler Staaten abgeleitet. **Seit dem maximalen Rückbau der Armee in den 2000er Jahren hat die Schweiz allerdings die Fähigkeit zur – mindestens weitgehenden – autonomen Landesverteidigung verloren: Es fehlen nicht nur die Truppen und Verbände, sondern auch wesentliche Voraussetzungen wie die Kriegslogistik.**

Diese Argumentation spricht in keiner Weise für einen Nato-Beitritt, sondern zeigt vielmehr auf, wo die Politik ihre Verantwortung nicht wahrgenommen und dies zu einem desolaten Gesamtzustand der Armee geführt hat.

Die Armee XXI basierte bei ihrem Start 2004 auf dem Konzept «Sicherheit durch Kooperation». Die F/A-18 der Luftwaffe waren als robustes Angebot an mögliche Partner vorgesehen, **die Friedensförderung im Rahmen der Uno oder der OSZE als Ersatzangebot eines neutralen Landes anstelle der Bündnissolidarität im Rahmen der Nato.** Doch diese Form der militärischen Zusammenarbeit scheiterte an einer Sperrmehrheit der Pole links und rechts.

„Sicherheit durch Kooperation“ ist kein taugliches Konzept. Es wurde durch Bundesrat Adolf Ogi initiiert und hat zur weiteren Schwächung der Armee massgebend mitgeholfen, da so in der Politik davon ausgegangen wurde, die eigenen militärischen Anstrengungen durch das Konzept „Sicherheit durch Kooperation“ weiter vernachlässigen zu können!

Die SVP argumentierte mit der Neutralität als Teil des national-konservativen Programms, die pazifistische Linke in den Kategorien der aktiven Friedenspolitik. Bis heute begrenzen diese zwei Positionen die sicherheitspolitischen Möglichkeiten, wie die Diskussion über die Wiederausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial in die Ukraine deutlich zeigt. Die Armee von heute konzentrierte sich schon vor dem WEA-Reformschritt auf eine Kooperation im Innern.

Das Verteidigungsdepartement (VBS) versucht nun seit dem Ukraine-Krieg einen Spagat. Dies signalisiert nur schon der Titel der sicherheitspolitischen Lagebeurteilung nach dem 24. Februar 2022: «Sicherheit und Kooperation» ist eine Reminiszenz an die Konzepte der Vergangenheit, der Bericht wagt aber keinen klaren Positionsbezug – wie auch: **Der Bundesrat versenkte parallel zum sicherheitspolitischen Zusatzbericht eine moderate Anpassung der Neutrali-**

tätspolitik.

In der Landesregierung bilden gegenwärtig Bundesräte mit einem identitären Verständnis der Neutralität und solche, die zu einer aktiven Friedenspolitik tendieren, die Mehrheit. Im Parlament ist die VBS-Chefin, Bundesrätin Viola Amherd, auf das Gros der sozialdemokratischen Stimmen angewiesen, um die gesetzlichen Möglichkeiten der internationalen Kooperation zu erweitern. Die SP unterstützt zwar die Stossrichtung, zieht aber europäische Partner einer vertieften Zusammenarbeit mit der Nato vor.

Die SP positioniert sich klar gegen die Nato, aber was heisst Zusammenarbeit mit europäischen Partnern? Was sollte diese Zusammenarbeit bedeuten? Wer käme denn als Hauptpartner in Frage? Sicherlich nicht Österreich oder Litauen, aber vielleicht Frankreich?

Militärstrategische Varianten - Zudem ist die Partei in der Tradition des Konzeptionsstreits in den 1960er Jahren skeptisch, wenn es darum geht, die Armee mit offensiven Mittel auszurüsten. Das Dogma lautet: strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Armee. Deshalb wehrte sich die SP vehement gegen neue Kampfjets – und dürfte bei der Stärkung der schweren Verbände der Armee Widerstand leisten. Die politische Konstellation beeinflusst also nicht nur den Kooperationsgrad, sondern auch den Parameter der militärischen Kraft.

Die SP bleibt trotz ihrer Natoablehnung nicht aufrichtig. Was heisst strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Armee? Dies wäre nur mit einer starken, gut ausgerüsteten Armee zu erreichen. Aber die SP will gemäss ihrem Parteiprogramm die Armee noch immer abschaffen. Wo bleibt da die politische Glaubwürdigkeit?

Mehr internationale Kooperation bedeutet nicht automatisch weniger Armee – im Gegenteil. Will die Schweiz von den Partnern profitieren, muss sie auch eine militärische Solidaritätsleistung erbringen. Mit dem Beitritt von Finnland und Schweden zur Nato bewegt sich das Bündnis ohnehin wieder zurück zum Primat der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten. Einen ähnlichen Weg verfolgt Polen, das 4 Prozent seines BIP in den Aufbau der stärksten Armee Europas investiert.

Wie bitte? Bündniszugehörigkeit soll die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten stärken? Im Gegenteil, durch den Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato sinkt deren Eigenverantwortung und damit auch ihr individueller militärischer Handlungsspielraum. Die beiden Länder sind nun zur Kriegspartei gegenüber Russland geworden.

Im Schraubstock zwischen autonomer Landesverteidigung und militärischer Kooperation hat die Schweiz drei Varianten zur Verfügung, sich auf die gefährlichste Möglichkeit, die Fragmentierung Europas, vorzubereiten (siehe Grafik):

Es gilt die Fragmentierung Europas und die „Konsequenzen“ für die Schweiz klar in Abrede zu stellen. Die beiden Kriegsparteien, der Westen als Unterstützungsmacht der Ukraine und Russland sind zu Friedensverhandlungen aufzufordern. Der Weg der Schweiz bleibt klar, noch einmal: eine gute ausgerüstete Armee hat sich auch von einer möglichen Fragmentierung (Konjunktiv) Europas nicht zu fürchten!

- **Enhanced Opportunity Partner (EOP):** Die Schweiz nähert sich als privilegierter Partner der Nato maximal an, ähnlich wie Finnland und Schweden vor dem Beitritt – oder auch die Ukraine. Die Schweizer Armee beteiligt sich unter anderem auch mit Bodentruppen an Übungen, die den Bündnisfall, also die kollektive Sicherheit nach Artikel 5, trainieren. Dies hätte Konsequenzen auf das Milizprinzip, etwa längere Dienstzeiten im Ausland. Die Schweiz wäre immer noch ein bündnisfreies Land, könnte aber in einem Konflikt in Europa einen aktiven Beitrag zur Stabilität leisten.

Diese Variante wäre eine Fata Morgana mit einem verheerenden Ergebnis. Die Schweiz gäbe ihre politische Neutralität preis! Damit würde die Schweiz keinen Beitrag zur Stabilität in Europa leisten, weil sie an Kampfhandlungen ja nicht teilnehmen könnte!

- **Dynamische Raumverteidigung:** Für eine echte Rückkehr zur bewaffneten Neutralität muss die Armee in der Lage sein, einen Gegner grundsätzlich an der Landesgrenze aufzuhalten und mit offensiven Mitteln zu vernichten. Damit würde das Konzept der Armee 95, der Zwischenschritt zwischen der Armee 61 und der Armee XXI, reaktiviert, allerdings mit dem Anspruch, technologisches Topniveau zu erreichen. Die Konsequenz wäre allerdings, dass die Bestände erhöht würden. Die Armeeangehörigen müssten mit längeren Dienstzeiten rechnen.

Was spricht gegen dieses Konzept? Die Schweiz hätte diese Mittel und Finanzen, diesen Mittelweg zwischen Armee 61 und Armee XXI in die Tat umzusetzen. Sie müsste allerdings vom Primat der Politik Abschied nehmen, dass alle ernstgemeinten sicherheitspolitischen Ansätze im Keime erstickt. Die SP müsste sich ohne Zwischentöne für eine glaubwürdige und starke Armee einsetzen und die Abschaffung der Armee aus ihrem Parteiprogramm streichen.

- **Sicherheit und Kooperation:** Der Slogan des VBS im Zusatz zum sicherheitspolitischen Bericht zeigt – unfreiwillig – die Richtung an. Die Armee muss als Gesamtsystem wiederhergestellt werden: allenfalls über das «Zielbild Strategie Aufwuchs», um auch bei einem Zerfall der kollektiven Sicherheit eine dissuasive Wirkung zu entfalten. Gleichzeitig dürfte die Neutralität nicht weiter als Dogma verstanden werden, um den Partnern verbindliche Zusagen für den Fall eines bewaffneten Konflikts oder auch nur erhöhter Spannungen zu machen.

Die Schweiz ist nicht genötigt und auch nicht gedrängt den Partnern, für den Fall eines bewaffneten Konflikts oder auch nur erhöhter Spannungen verbindliche Zusagen zu machen. Die Schweiz hält klar an ihrer dauernden bewaffneten Neutralität fest und wird damit nicht zur Kriegspartei!

Auch in einer Grauzone, in der kein Krieg herrscht, aber auch nicht mehr richtig Frieden, sind potenzielle Sicherheitspartner auf die gegenseitige Solidarität angewiesen. So ist der Schutz der kritischen Infrastrukturen im Alpenraum vor Sabotageakten eine Gemeinschaftsaufgabe, sei es gegen Hackerattacken oder im Extremfall gegen einen Raketenangriff. Im Cyberbereich kooperiert die Schweiz schon länger ziemlich aktiv.

Schutz der kritischen Infrastrukturen im Alpenraum vor Sabotageakten eine Ge-

meinschaftsaufgabe? Dies ist eine argumentative Falle, selbst bei einer näheren Kooperation und gar einem EU-Beitritt wäre die Schweiz alleine für den Schutz ihrer kritischen Infrastrukturen verantwortlich. Dies würde die Nato nicht zu Hilfeleistungen veranlassen.

Im Juli unterzeichnete das VBS nun eine Absichtserklärung, an der **European Sky Shield Initiative (ESSI)** teilzunehmen, einem gemeinsamen, europäischen Schutzschirm gegen Bedrohungen aus der Luft. Die Schweiz dürfte nicht darum herumkommen, Position zu beziehen, wie sie sich im Konfliktfall verhält. Die ESSI ist wohl die Probe aufs Exempel, ob eine Entwicklung in Richtung «Sicherheit und Kooperation» funktioniert.

Viola Amherd hat diese Absichtserklärung unterzeichnet, ohne vorher die Meinung des Bundesparlaments einzuholen. Noch ist das letzte Wort der Schweiz in dieser Angelegenheit nicht gesprochen!

Die Gewichtung der Neutralität ist also ein entscheidender Parameter für den militärischen Aufwuchs. Der Diskurs hat erst angefangen – unter anderem in einer Studienkommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten Valentin Vogt. Doch ein Kompromiss ist nicht in Sicht. Auch das hat Tradition: Die Schweiz war noch nie wirklich rechtzeitig bereit, vielleicht im Kalten Krieg, deshalb bleibt die Armee 61 ein Orientierungspunkt, aber auch eine Legende. Der Schlüsselfaktor ist in Zukunft weniger die Masse, sondern vielmehr die Technologie.

Eines steht heute schon fest, selbst der Technologiesprung der Schweizer Armee ist ohne die entsprechenden Finanzen nicht zu schaffen. Das Bundesparlament und die Konkordanzregierung, unterstützt durch die Nichtregierungsparteien, muss sich erst einmal ganz klar für eine Sicherheitspolitik entscheiden, welche den Artikeln 57-59 ohne Einschränkungen Folge leistet.

Die würde allerdings bedeuten, das Rad im wahrsten Sinne des Wortes vorerst neu zu erfinden, denn eine politische Einigung unter den Parteien liegt so weit weg wie der Mars.

Armee-Chef präsentiert Neuausrichtung - 13 Milliarden Franken für die Aufrüstung – die Einkaufsliste der Armee im Detail
Tagesanzeiger Benjamin Gafner, 18. August

Die Schweiz soll bis 2031 wieder verteidigungsfähig werden. Korpskommandant Thomas Süssli präsentierte dazu die neue Strategie. Die Pläne in der Übersicht.



Thomas Süssli, Chef der Armee (r.), informiert neben Alain Vuitel, Projektleiter Kommando Cyber, an der Medienkonferenz über einen Bericht zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee in der Kaserne Kloten. (17. August 2023)
Foto: Ennio Leanza (Keystone)

50 Seiten hat das Papier, das die Schweizer Armee umwälzen soll. Darin präsentiert der Armeechef Thomas Süssli seine Pläne für eine Neuausrichtung: Die Armee soll wieder fähig werden, militärische Angriffe mit allen Mitteln abzuwehren – wie zu Zeiten des Kalten Krieges, aber adaptiert auf die heutige Realität.

Seit den 1990er-Jahren wurde dies gemeinhin als unnötig erachtet. [Aktuell ist die Schweizer Armee stark](#) auf internationale Einsätze und auf die Unterstützung ziviler Behörden ausgerichtet. Kämpfen steht dabei im Hintergrund. **Jetzt schreibt Süssli, im Falle eines Angriffs solle die Schweiz überall verteidigt werden: am Boden, in der Luft, im Cyberraum, im Weltraum, im elektromagnetischen Raum und bei der Bekämpfung von Fake News.**

Für den Armeechef ist klar: «Eine Epoche des Friedens in Europa geht zu Ende.» Er will nun rasch modernisieren und aufrüsten, wie er am Donnerstag vor den Medien betonte. Und zwar in allen Bereichen. 13 Milliarden Franken will Süssli bis im Jahr 2031 dafür ausgeben. Hier die Übersicht:

Die Wunsch-Einkaufsliste der Armee

Beispiele der geplanten neuen Mittel



Kommunikation

2400 Mio. Fr.

- Ausbau der IT-Infrastruktur
- Neues Rechenzentrum
- Neue Kommunikationsmittel



Informationsbeschaffung

1500 Mio. Fr.

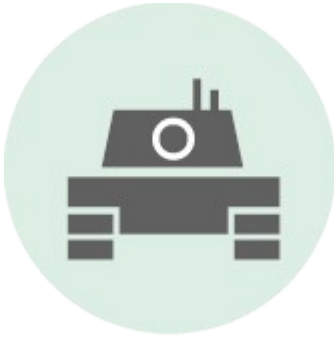
- Radar und Sensoren
- Minidrohnen
- Eigene Aufklärung über Satelliten



Luftverteidigung

1400 Mio. Fr.

Bodengestützte Luftverteidigung, die Drohnen und Ähnliches abwehren kann (kleine und mittlere Reichweite)



Bodentruppen

2200 Mio. Fr.

- Modernisierung und Werterhalt von Kampfpanzern
- Artillerie (Ersatz für Panzerhaubitze M 109)
- Panzerabwehr



Cyberraum

500 Mio. Fr.

- Besserer Cyberschutz
- Mittel zum Stören und Abfangen von Signalen des Gegners



Logistik

200 Mio. Fr.

Dezentralisierte Kriegsinfrastruktur in bombensicheren Lagern



Sanität

100 Mio. Fr.

- Sanitätsfahrzeuge
- Erneuerung unterirdischer Spitäler



Transporte am Boden

650 Mio. Fr.

Erneuern der ungeschützten Fahrzeuge (keine zusätzlichen Fahrzeuge)



Geschützte Truppentransporte

2300 Mio. Fr.

- Neue Führungsfahrzeuge (wie Eagle V)
- Werterhalt für Bergepanzer
- Mehr geschützte Fahrzeuge



Transporte in der Luft

1600 Mio. Fr.

- Ersatz für Transporthelikopter Super Puma
- Werterhalt für Transporthelikopter

Tabelle: db Quelle: [Schweizer Armee Daten herunterladen](#)

Ab 2031 soll die Armee Gegner effektiv abwehren können. Süssli würde gerne schneller handeln. Aber obwohl die Armee bis 2030 schrittweise mehr Geld zur Verfügung bekommt, geht nicht alles auf einmal. **Das Ziel ist, dass künftig nicht mehr «nach ein paar Wochen Schluss» wäre, wenn sich die Schweiz verteidigen muss. So hatte Süssli die Verteidigungsfähigkeit der Armee kurz nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Interview mit dieser Redaktion eingeschätzt.**

Die hohen Ausgaben für Investitionen sollen dank der vom Parlament beschlossenen schrittweisen Erhöhung des Armeebudgets auf ein Prozent des Bruttoinlandprodukts möglich sein.

Zuletzt hatte der Bundesrat aber beschlossen, dass die Armeeaussgaben langsamer wachsen sollen, als zuerst vorgesehen. Die Armee kritisiert dies nun und sagt, damit dauere es mindestens vier Jahre länger, bis die Schweiz sich effektiver verteidigen könne. Die wichtigsten Punkte aus Süsslis Plan im Detail:

Panzer und Infanterie - Die Bodentruppen sollen künftig konsequent den Abwehrkampf üben, auch in den Städten. Dafür will Süssli sie mit leichteren Waffen und Aufklärungssystemen ausrüsten. Sie sollen mobil sein und mehr Panzerabwehrwaffen erhalten. Geplant ist der Einsatz von Kampfpanzern, Schützenpanzern, Panzersappeuren und indirekten (Bogen-)Waffen. Im Militärjargon nennt sich dies «Kampf der verbundenen Waffen». Diese Taktik ist anspruchsvoll, wie diverse gescheiterte Operationen im Ukraine-Krieg zeigen. Sie muss geübt werden.

Cyber und Simulatoren - Die Truppen sollen neue, hochmoderne Simulatoren bekommen. Kampfsituationen sollen in der virtuellen Realität abgebildet werden – wie bei einem Computergame. «Dies entspricht den Lern-gewohnheiten der jungen Generation», heisst es im Armeepapier. Das Ziel: die Motivation erhöhen und das «taktische Verständnis auf allen Führungsstufen verbessern».

Im Bereich Cyber will die Armee ebenfalls viel investieren. Dies betonte Alain Vuitel, der Projektleiter Kommando Cyber, an der Medienkonferenz der Armee. Seit 2021 werde das Kommando Cyber aufgebaut. 650 Personen seien damit beschäftigt. Es sei eine grundlegende Transformation im Gange. «Dies hat revolutionären Charakter», so Vuitel. Er zieht einen Vergleich zur Einführung der Luftwaffe Anfang des 20. Jahrhunderts.

Nötig sind aus Sicht der Armee auch neue, grössere und überbaute Truppenübungsplätze. Ganze

Bataillone müssten gemeinsam üben können. In den wenigen kleinen Übungsdörfern, die der Armee zur Verfügung stehen, fehlen etwa Hochhäuser, Kanalisationen und Fabrikanlagen.

Militärische Bauten - Befestigte Kampfanlagen, geschützte Materialdepots, Panzersperren (umgangssprachlich «Toblerone» genannt) und unterirdische Anlagen wurden in den letzten 30 Jahren «im grossen Stil aufgegeben, veräussert und teilweise zurückgebaut». So steht es im Bericht. Die Abteilung, welche die Anlagen instand hielt, gibt es nicht mehr. Der Grund gemäss Süssli: Die Armee wollte sparen. Deshalb befindet sich das meiste Armeematerial heute in «Schmalgang-Lagern» von fünf oberirdischen Logistikzentren. **Aus Sicht des Armeechefs ist das zwar wirtschaftlich günstiger, aber anfällig für Sabotageaktionen oder Beschüsse. Deshalb müsse nun wieder – wie früher – dezentralisiert werden.** Ausserdem müssten die Lager geschützt sein. Sogar alte Festungen mit Minenwerfern sollen wieder geöffnet werden.

Luftabwehr - Den Schutz des Luftraums über der Schweiz sieht Süssli als Schlüsselement der Verteidigungsfähigkeit. Mit [dem Kauf von 36 Kampffjets F-35](#) und mit dem Boden-Luft-Abwehrsystem Patriot werde die Fähigkeit zur Luftverteidigung wesentlich erweitert. Mit den neuen Mitteln liessen sich Flugzeuge, Drohnen und Marschflugkörper im oberen Luftraum abwehren. Darunter bestünden aber Lücken im Abwehrdispositiv. Süssli will neue Abwehrwaffen kaufen, um tieffliegende Helikopter, Drohnen oder Lenkwaffen im Endanflug abwehren zu können. Aktuell hat die Armee nur noch wenige Militärflugplätze, künftig will sie alte Militärflugplätze wieder nutzen, genauso wie zivile Flugplätze und improvisierte Pisten.

Internationale Kooperation - Ist die Schweiz im Krieg, fallen die Neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen weg. Darauf müsse man vorbereitet sein, heisst es im Bericht. Die Armee müsse fähig sein, die Verteidigung auch in Kooperation mit anderen Streitkräften zu führen. Ein Alleingang sei keine Option, internationale Kooperation, auch bei den Beschaffungen, daher unumgänglich. Offiziere sollen vermehrt in Nato-Stäbe integriert werden und dort Erfahrungen sammeln. Mittelfristig sollen Bodentruppen auch im Ausland trainieren. Das würde hohe Kosten mit sich bringen.

Organisation - Auch bei der Armeeorganisation sieht Süssli viele Anpassungen vor. Das Heer hat heute drei mechanisierte Brigaden. Neu soll es zwei schwere Divisionen geben, die über alle Mittel verfügen, um einen Angriff aufhalten zu können. Die beiden Grossverbände sollen völlig eigenständig kämpfen können, am Boden wie in der Luft. Dazu gehören neben der Luftabwehr drei Panzerbataillone, ein mechanisiertes Bataillon, Artillerie, Minenräumung und unter anderem auch ein eigenes Logistikbataillon. Dies soll sicherstellen, dass die Schweiz beim Nachschub und Unterhalt von Waffensystemen möglichst autonom ist.

Weitere Sofortmassnahmen - Neben all diesen Plänen hat die Armeeführung dringliche Massnahmen beschlossen, über die sie sich weitgehend ausschweigt. Im Bericht angetönt ist lediglich, dass die ersten dieser Massnahmen bis Ende 2024 umgesetzt sein müssen.

Süssli betonte, die Pläne der Armee seien noch nicht von der Politik genehmigt. Er hoffe, dass dies bald geschehen werde.

Damit ist bereits klargestellt, dass nur wenige diese Vorhaben im Parlament überhaupt spruchreif sind und noch weit weniger Projekte vom Parlament bewilligt und umgesetzt werden!....

Benjamin Gafner ist seit dem Jahr 2000 Bundeshausredaktor. Schwerpunkte seiner Berichterstattung betreffen sicherheits- und migrationspolitische Themen.

Tagesanzeiger 19. August - Umbau der Landesverteidigung wird teuer - Aufrüstung der Armee kostet 100 Milliarden

Für 13 Milliarden Franken will die Armee neues Kriegsmaterial kaufen. Doch eigentlich braucht sie viel mehr Geld, um sich zu modernisieren. Kritiker werfen dem Militär «Schönfärberei» vor.

Fähigkeit zur Verteidigung wieder aufbauen

Georg Häsler, 19. August

Die Armee will in einem ersten Schritt für 13 Milliarden Franken neue Waffensysteme beschaffen.



Ein mögliches Artilleriesystem der mittleren Reichweite ist der Archer der schwedischen Firma BAE Systems Bofors. Armasuisse

Zwischen der Schweiz und dem Krieg in der Ukraine liegen Österreich und die Slowakei – und damit nur knapp 500 Kilometer des Nato-Schutzriegels. Nato-Schutzriegel?? In der Luft gilt der Tirol-Korridor schon in einer normalen Lage als militärischer Schwachpunkt mitten in Europa, weil die österreichische Luftwaffe kaum Gegenwehr leisten kann. Am Boden verhält es sich ähnlich: Es ist nicht das Bundesheer, das einen Gegner von der Schweizer Ostgrenze fernhält, sondern das günstige Gelände: die Berge und Täler der Alpen.

Falls der Worst Case eintritt, ein bewaffneter Konflikt in Westeuropa, ist ein Angriff aus dem Raum Bregenz-Feldkirch eines der möglichen Szenarien. Damit die Armee in einem solchen Fall die territoriale Integrität der Schweiz auch tatsächlich verteidigen kann, muss der Bund in die militärischen Fähigkeiten investieren. Die schweizerischen Bodentruppen wären heute nicht mehr in der Lage, einen Gegner über längere Zeit aufzuhalten und einen Angriff abzuwehren.

Deshalb präsentierte Korpskommandant Thomas Süssli, der Chef der Armee, diese Woche das «Zielbild und die Strategie für den Aufwuchs». In diesem Bericht skizziert die Armee ihre Vorstellungen, wie sie in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren ihre Verteidigungsfähigkeit wieder aufbauen will: Grundsätzlich nicht mit einer grossen Armeereform, sondern adaptiv, also Schritt für Schritt, um auch dem technologischen Wandel und der Lageentwicklung Rechnung zu tragen.

Grösste Lücken schliessen Lücken?.....)

(Warum hat eigentlich die Schweizer Armee grosse

Die Armee rechnet mit einem Finanzbedarf von 13 Milliarden Franken, um in einem ersten Schritt mindestens die grössten Lücken zu schliessen. Konkret geht es darum, die heutige Armee überhaupt vollständig auszurüsten: Von den sechs schweren Bataillonen, den mechanisierten Verbänden, können gleichzeitig nur zwei, mit Biegen und Brechen drei, ihre Kampf- und Schützenpanzer aus den Hallen der Logistikbasis heraus fassen. Rund die Hälfte der 13 Milliarden

sind für folgende Fähigkeiten vorgesehen:

- **Wirkung gegen Ziele in der Luft für 1,4 Milliarden:** Die Armee will die Bevölkerung, zivile und militärische Infrastruktur sowie eigene Bodentruppen gegen Marschflugkörper, bewaffnete Drohnen und Kampfflugzeuge im unteren und mittleren Luftraum schützen. **Zusätzlich zu den Patriot-Systemen sollen Mittel für die Luftverteidigung kurzer und mittlerer Reichweite beschafft werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird sich die Schweiz für das deutsche System Iris-T entscheiden.** Bundesrätin Viola Amherd, Chefin des Verteidigungsdepartements (VBS), hat im Juni eine Absichtserklärung unterzeichnet, im Rahmen der European Sky Shield Initiative die Mittel gemeinsam mit europäischen Partnern zu beschaffen.
- **Wirkung gegen Ziele am Boden für 2,2 Milliarden: Damit alle Panzerverbände auch über Kampfpanzer verfügen, soll ein Teil der 96 eingelagerten Leopard 2A4 wieder in Betrieb genommen und modernisiert werden. Weiter beabsichtigt das Heer, die Artillerie der mittleren Reichweite mit einem radgestützten System auszurüsten.** Die bisherigen Panzerhaubitzen M109 erreichen in den nächsten Jahren ihr Lebensende. **Zudem ist die Wirkung der Schweizer Artillerie seit dem Streumunitionsverbot stark eingeschränkt,** weil die Kanistergeschosse nie ersetzt worden sind. Ein weiteres Schwergewicht will die Armee auf die Panzerabwehr legen: Es steht ein System zur Diskussion, das aus der Deckung wirken kann.

Das Streumunitionsverbot gilt wohl nur für die Schweiz, haben doch die USA entschieden, nun durch ihre Verbündeten diese Munition auch in der Ukraine einzusetzen!!.. Wenn Zwei das Gleiche tun, ist es bekanntlich nicht dasselbe, oder??

- **Geschützte Mobilität am Boden für 2,3 Milliarden:** Konkret werden im Zielbild Führungsfahrzeuge auf der Basis des Schweizer Produkts Eagle V genannt. **Es geht darum, dass die Kommandanten den Kampf möglichst weit vorne führen können, aber trotzdem gut geschützt sind.** Weiter will die Armee die Bergepanzer modernisieren. Wie wichtig diese sind, zeigt der Kampf der ukrainischen Armee an der Surowikin-Linie. Getroffene Panzer müssen sofort abgeschleppt und repariert werden können. **Schliesslich wird die Beschaffung von geschützten Fahrzeugen für zwei neue mechanisierte Bataillone aufgelistet.**

Vordringlich ist neben den schweren Mitteln am Boden die Digitalisierung der Armee. Die Geschwindigkeit des sogenannten Sensor-Nachrichten-Führungs-Wirkungsverbunds soll erheblich gesteigert werden: Wenn ein Ziel erkannt ist, muss es möglichst schnell bekämpft werden. Deshalb beabsichtigt die Armee, insgesamt 3,9 Milliarden in die Fähigkeiten «Führung und Vernetzung» sowie Nachrichtenverbund und Sensoren zu investieren. Dazu gehören Rechenzentren, neue Kommunikationsmittel, teilmobile Radare oder zusätzliche Minidrohnen.

Eine zentrale Absicht der Armee ist die Dezentralisierung. Die Munition und Kampfmittel sollen nicht mehr zentral in einer Handvoll Logistikzentren gelagert sein, sondern zurück in geschützte Lager. Gleiches gilt für die Flugplätze: **Nach dem Kalten Krieg hat sich die Luftwaffe auf einige wenige Standorte reduziert. Jetzt werden Ausweichpisten wie der Flugplatz St. Stephan im Berner Oberland wieder für den Jetbetrieb geöffnet.**

Der Chef der Armee legt in seinem Bericht dar, wofür er diese Mittel einsetzen will:

1. **Schützen:** Die Armee unterstützt die zivilen Behörden bereits vor dem Ausbruch eines offenen, bewaffneten Konflikts mit militärischen Mitteln – etwa um gegen eine bewaffnete Gruppe vorzugehen, die eine kritische Infrastruktur besetzt hält und über Panzerfäuste

verfügt.

2. **Abhalten:** Der eigentliche Zweck der Armee ist die Kriegsverhinderung, das Mittel dazu die Dissuasion: Eine glaubwürdig ausgerüstete Armee soll dem Gegner «abratens», die Schweiz anzugreifen.
3. **Abwehren:** In einem bewaffneten Konflikt muss die Armee einen Gegner aufhalten und entscheidend zurückschlagen – gegebenenfalls in einer Kooperation mit einem militärischen Partner.

Die Schweizer Armee soll also die territoriale Integrität der Schweiz nicht nur bewahren, sondern auch Gelände wieder zurückholen können. Die Doktrin ist auf eine aktive Verteidigung ausgerichtet: Die Armee muss in der Lage sein, einerseits Achsen zu sperren und Räume zu halten, andererseits gegnerische Kräfte mit Gegenoffensiven zu vernichten. Am Boden sollen zwei schwere Divisionen gebildet werden, die das Gefecht der verbundenen Waffen in zwei sogenannte Schwergewichtszonen führen und dort den Kampf auch gewinnen können. In den übrigen Gebieten, den Nebenzonen, übernehmen mittlere und leichtere Kräfte weiter die Schutzaufgaben zugunsten der zivilen Behörden.

Mittel für «deep strikes»

Übersetzt auf eine mögliche Bedrohung an der schwachen Ostflanke, heisst dies: Die zwei schwe- en Divisionen stehen am Bodensee und im Rheintal. Nach einer taktischen Faustregel müsste der Gegner mit dreimal mehr Kräften aufmarschieren, um eine minimale Aussicht auf Erfolg zu haben. Der Preis von sechs oder mehr Divisionen für einen Angriff auf die Schweiz könnte dem Aggressor zu hoch sein.

Ein moderner Krieg wird allerdings zunehmend aus Distanz geführt: mit ballistischen Raketen, Marschflugkörpern – oder Mitteln der bodengestützten Luftverteidigung. Eine S-400-Batterie aus russischer Produktion könnte von einem Standort bei Innsbruck einen Grossteil des Schweizer Luftraums abdecken.

Die Armee soll deshalb laut Zielbild «angreifende gegnerische Kräfte bereits ausserhalb der Landesgrenzen insbesondere durch offensive Aktionen gegen Bereitstellungen, Versorgungslinien, Führungseinrichtungen und Schlüsselsysteme in allen Wirkungsräumen» schwächen oder zerschlagen. Ein Mittel für «deep strikes» ist der F-35 mit seinen Stealth-Eigenschaften. Das neue Kampfflugzeug kann Einsätze im gegnerischen Luftraum fliegen: etwa die Abriegelung aus der Luft, die sogenannte «air interdiction».

Das dürfte mit nur 36 F-35 nicht möglich sein. Schliesslich ist es die Primäraufgabe der Luftwaffe kein Flugzeuge im eigenen Luftraum zu haben!

Dazu gehörte, eine S-400-Batterie auszuschalten, welche die Lufthoheit über den Schwergewichtszonen infrage stellt. Neben den Jets soll mittelfristig auch die Artillerie in die Tiefe des Raums wirken: Zur Diskussion steht ein System wie die amerikanische Himars-Raketenartillerie. Ein Gegner, der jenseits der Landesgrenzen aufmarschiert, soll derart geschwächt werden, dass er nicht mehr in der Lage ist, den Rhein zu überqueren.

Die Armeespitze plant mit einem höheren Budget

Fabian Schäfer, Bern, 19. August

In ihrem neuen Strategiebericht orientiert sich die Militärführung nicht an den Finanzbeschlüssen der Regierung.

Man stelle sich vor, das Bundesamt für Verkehr würde mit viel Brimborium ein milliardenschweres Ausbauprogramm für die Eisenbahn präsentieren, das weitherum Freude auslöst, das aber deutlich mehr kostet als vom Bundesrat geplant. Das gäbe erheblichen Ärger in Bern. Der Bundesrat ist die oberste Behörde der Verwaltung. Zu ihr gehören auch das Verteidigungsdepartement (VBS) und die Armee.

Und doch fühlen sich die obersten Chefs der Streitkräfte offenkundig frei, sich in ihren Planungen über die finanzpolitischen Vorgaben des Bundesrats hinwegzusetzen. Dieser Schluss drängt sich auf nach der Lektüre des Strategieberichts, den die Armeespitze um Thomas Süssli diese Woche präsentiert hat. Darin ist im Detail aufgeführt, welche Beschaffungen aus militärischer Sicht notwendig sind, um die Verteidigungsfähigkeit wieder herzustellen. Dass der Bund das Budget der Armee tüchtig erhöhen muss, steht ausser Frage. Das genaue Ausmass jedoch ist sehr umstritten.

Argumentative Abschreckung - Der Bundesrat hat sich bereits im Januar klar festgelegt: Die Ausgaben für die Landesverteidigung sollen zwar deutlich stärker wachsen als bis anhin, aber nicht so stark, wie es das Parlament mit einem Vorstoss verlangt hat. Dieser sieht vor, dass das Armeebudget bis 2030 auf 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) angehoben werden muss – konkret von heute 5,6 auf voraussichtlich 9,4 Milliarden Franken.

Ein derart steiler Anstieg ist laut dem Bundesrat ohne Steuererhöhung oder massive Kürzungen in anderen Bereichen nicht finanzierbar, weil gleichzeitig andere Ausgaben ebenfalls stark zunehmen. Deshalb hat er sich dazu durchgerungen, das Wachstum beim Militär zu drosseln. Nach dem Finanzplan des Bundesrats würde man das 1-Prozent -Ziel erst 2035 statt 2030 erreichen.

Wer nun dachte, die Armeespitze werde einen Fahrplan auf dieser Basis vorlegen, sieht sich getäuscht. Mit dem Segen des VBS setzt sie in ihrer Planung unverdrossen ein Budget voraus, das bereits 2030 auf 1 Prozent des BIP ansteigt. Dass der Bundesrat langsamer vorgehen will, wird im Bericht ebenfalls erwähnt. Die Autoren vermeiden es auch, offen auf Distanz zu gehen und die Entscheide der Regierung zu kritisieren.

Aber das ist auch gar nicht nötig. Was die Armeespitze davon hält, wird auch so klar. Die Beschreibung der negativen Folgen fällt abschreckend genug aus. «Verschiedene Rüstungsvorhaben» müssten um bis zu acht Jahre verschoben werden. Das grosse Ziel – die Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit – werde «bis in die späten 2030er Jahre» vertagt. Zusätzlich drohten «temporäre Fähigkeitslücken» etwa bei der bodengestützten Luftverteidigung. In anderen Bereichen sei mit höheren Betriebskosten zu rechnen, was die langfristige materielle Erneuerung gefährde. Kurzum: Die Armeespitze liefert jenen Sicherheitspolitikern, die am steileren Ausgabenwachstum festhalten wollen, Argumente für die bevorstehenden Debatten.

Entscheid im Dezember - Bleibt die Frage, ob sich die Militäarchefs nicht an den Beschlüssen des Bundesrats orientieren müssten. Ihre Antwort: Die Frage gehe von einer falschen Annahme aus. Sie erklären auf Anfrage, die Armee plane gar nicht mit einer Erhöhung des Armeebudgets auf 1 Prozent des BIP bis 2030. Im Bericht selbst ist indes dieser Satz zu finden: «Für die notwendigen Investitionen setzt die armeeinterne Planung voraus, dass das Armeebudget (. . .) bis spätestens 2030 auf 1 Prozent des BIP ansteigt.» Darüber hinaus verweist die Armee auf Anfrage auf den Beschluss des Parlaments sowie auf ihren Auftrag, zu planen und aufzuzeigen, was es brauche, um die Armee zur Landesverteidigung zu befähigen.

Das letzte Wort hat das Parlament. Bisher hat es in dieser Sache eine Motion überwiesen, verbindlich sind aber erst die Entscheide, die es im Dezember in der Budgetdebatte fällt. Der Bundesrat will das Budget für die militärische Landesverteidigung bis 2026 von heute 5,6 auf 6,3 statt 7,1 Milliarden Franken erhöhen. Auch so wächst abgesehen von der sozialen Wohlfahrt, bei der primär die AHV ins Gewicht fällt, kein Bereich stärker als die Armee. **Will die Mehrheit im**

Parlament für das Militär mehr Geld bereitstellen, muss sie andernorts kürzen. So verlangt es die Schuldenbremse.

Die Schuldenbremse wird die meisten Vorhaben von KKdt Süssli zunichte machen.

Fazit: „Stümpfli gehört am Lümpli!“ Das VBS wird in der Schweiz weiterhin als Stiefkind behandelt werden und nur erhalten, was im 75 Milliarden Plus Budget der Eidgenossenschaft noch übrigbleibt. Daran wird sich in der Schweiz auch in Zukunft nichts ändern! Die Politik wird weiterhin das Primat beanspruchen.

«Es lohnt sich nicht, für die Schweiz Waffen und Munition autonom zu produzieren» David Biner, Georg Häsler 19. August (nur auszugsweise)

Statt bei Kriegsgütern sollte die Schweiz besser im IT-Bereich unabhängig sein, sagt Ruag-Präsident Nicolas Perrin. Im Gespräch äussert er sich auch über den gescheiterten Verkauf der Leopard-1-Panzer und den Abgang der CEO Brigitte Beck.

Diese 96 Leopard-1-Panzer stehen immer noch in Italien, in Villesse, wie die «NZZ am Sonntag» ausfindig gemacht hat. Was passiert jetzt mit diesen Fahrzeugen? Droht ihnen die Eisenschmelze?

Ich glaube nicht, dass eine Verschrottung des Bestands ein gutes Signal aussenden würde in der gegenwärtigen Lage. Vorerst bleiben sie dort, wo sie sind.

Blicken wir voraus: Braucht die Ruag eigentlich einen Werkstatteleiter oder einen Manager als CEO?

Die Ruag vereint sehr unterschiedliche Firmenkulturen, von den Instandsetzungsbetrieben und den eher älteren Produktionsanlagen bis hin zu unseren Projekten im digitalen Bereich. Wir suchen jemanden, der diese verschiedenen Technologiegenerationen integrieren kann, denn das wird unsere Hauptherausforderung bleiben. Dazu kommt – wir haben es gesehen –, dass neben dem geschäftlichen Bereich die politischen beziehungsweise die gesellschaftlichen Aspekte genauso wichtig sein können. Die CEO-Aufgabe ist bei Ruag vielleicht noch komplexer als in anderen Betrieben im Land.

Und die Geschichte mit den Leopard-1-Panzern zeigt ja auch: Für Ruag wird es immer schwieriger, im Rahmen dieser gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen unternehmerisch tätig zu sein.

Unser Hauptfokus bleibt die Schweizer Armee. Und wir machen weiterhin das, was diese braucht und was die Politik will und definiert. Aber es ist auch klar: Wir werden in Zukunft vermehrt hochkomplexe Waffensysteme warten, die mit Systemen vor allem von Ländern und Armeen der Nato verbunden sind. In einer sich zusehends vernetzenden Welt werden wir uns noch vermehrt die Frage nach der Neutralität und deren Auslegung stellen müssen.

Das heisst, dass Sie einen Nato-Beitritt der Schweiz befürworten – oder mindestens eine enge Zusammenarbeit?

Das ist eine politische Frage. Aber natürlich: Wir werden nicht darum herumkommen, diese Frage beantworten zu müssen.

Wäre es dann nicht einfacher – und vielleicht auch ehrlicher –, die Ruag gleich ganz in die Armee zu integrieren, den IT-Teil etwa beim Technologiezentrum von Armasuisse, den handfesten Teil in der Logistikbasis?

Bei der Entflechtung der Ruag hat die Politik vor nicht allzu langer Zeit genau das Gegenteil entschieden. Was ich sehe, ist, dass operative Tätigkeiten tendenziell in Firmen des Bundes eingelagert werden, denken Sie an die Flugsicherungsgesellschaft Skyguide, die Post, Swisscom usw. Wäre der Staat effizienter und innovativer, wenn er diese Geschäfte statt in einer Unternehmensstruktur innerhalb der Verwaltung führen würde? Ich glaube nicht.

Mit dieser privilegierten Stellung konkurrenziert die Ruag die anderen, privaten Rüstungsfirmen. Völlige Autonomie vom Ausland kann sie aber trotzdem nicht garantieren. Aus ordnungspolitischer Sicht ist die Ruag eine Fehlkonstruktion.

Es lohnt sich nicht, für die Schweiz Waffen und Munition völlig autonom zu produzieren. Der hiesige Markt ist zu klein, und die Exportgesetzgebung ist – wie wir inzwischen alle wissen – sehr streng. Und eine eigenständige Produktion würde auch nur Sinn ergeben, wenn man wirklich jeden Bestandteil im Inland produzierte, und das ist nicht realistisch. Aber ich glaube, auch hier verändern sich die Dinge rasch und stark. Sie können Kriegsgüter, etwa Munition, im Ausland kaufen und für den Ernstfall in der Schweiz lagern und warten. Bei den neuen Technologien hingegen wird die Eigenständigkeit immer wichtiger. Mir ist lieber, wir sind im IT-Bereich autonom.

Sie wollen die Ruag von der Waffenschmiede zu einem Sicherheitsdienstleister machen.

Wir sind schon längst ein Systembetreiber. Wir wollen vor allem fähig sein, die Systeme und Technologien der Armee, unseres Hauptkunden, auch im Ernstfall zu betreiben. Das ist unsere Daseinsberechtigung, und hier grenzen wir uns auch klar von anderen Rüstungsfirmen auf dem Markt ab.

Die Ruag hat sich bei der Wartung und der Weiterentwicklung des F/A-18-Kampffjets eine hochspezialisierte Kompetenz von Weltruf aufgebaut. Sogar die US-Navy kommt hierher, um die Jets in Schuss zu halten. Beim F-35 wird es nicht mehr möglich sein, dieses Niveau zu erreichen.

Das werden wir sehen. Es wird sicher nicht mehr möglich sein, das Flugzeug in der gleichen Breite wie den F/A-18 zu begleiten. Es ist schlichtweg eine andere Welt. Der F/A-18 ist – jetzt sehr zuge-spitzt – eine fliegende Kanone. Der F-35 ist eine fliegende Software. Jedenfalls werden wir alles daran setzen, um beim Projekt «Rigi» dabei zu sein.

Es geht um vier F-35-Jets, die in der Schweiz zusammengesetzt werden sollen – quasi nach dem Ikea-Prinzip.

Immerhin würden wir so viermal die Möglichkeit erhalten, uns intensiv mit diesem Flugzeug vertraut zu machen und mit ihm in Kontakt zu treten. Ich bin überzeugt, dass wir die Kompetenzen unserer Mitarbeiter in diese neue Technologieebene hinauftransferieren könnten. Dieser Auftrag wäre sehr wichtig für Ruag, auch um die Attraktivität als Arbeitgeber hochzuhalten. Wir werden um «Rigi» und um die F-35 kämpfen.

100 Milliarden Euro mehr für die deutsche Bundeswehr? Das reicht leider nicht

Soll die Modernisierung der deutschen Streitkräfte gelingen, dann muss der reguläre Wehretat ab sofort kräftig wachsen. Sonst wird das nichts mit der «Zeitenwende».

Oliver Maksan, Berlin 88 Kommentare 28.04.2022, 18.00 Uhr

Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigung: Der Kanzler verschweigt die Wahrheit

Wenn es nach den Plänen von Olaf Scholz ginge, müsste Deutschland langfristig pro Jahr mehr als 80 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben. Was er nicht sagt: Dass dies nur mit Steuererhöhungen, Sozialabbau oder riesigen neuen Schulden möglich ist.

Marco Seliger, Berlin 5 Kommentare 20.07.2023, 18.00 Uhr

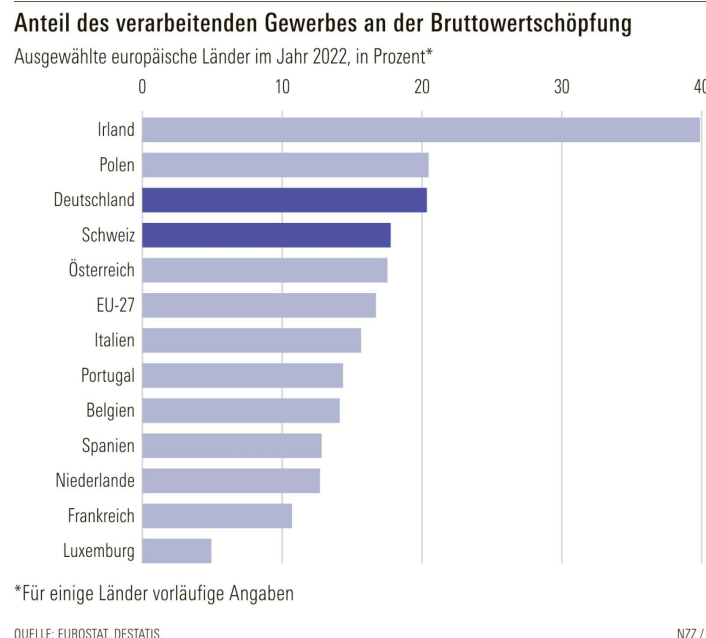
Die hohen Energiepreise gefährden das industrielle Herz Deutschlands

Michael Rasch, Frankfurt, 19. August

Sowohl der Ukraine-Krieg als auch die missratene Energiepolitik haben gravierende Auswirkungen.

Die deutsche Wirtschaft kann sich den Ukraine-Krieg gar nicht mehr leisten. Aber dieser Krieg wird Deutschland von den USA aufgezwungen! - Deutschland wird nie und nimmer 100 Milliarden für die Bundeswehr investieren!

Die Deindustrialisierung Deutschlands und der westlichen Welt läuft seit den 1970er Jahren. Sie ist Ausdruck der Wandlung von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Deutschland gleicht dabei trotzdem einem stabilen industriellen Kraftwerk. Denn seit einem Vierteljahrhundert ist hierzulande der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung vor allem im Vergleich mit vielen anderen Ländern erstaunlich konstant. Droht nun durch die stark gestiegenen Energiepreise doch eine Abwanderungswelle bei der Industrie?



Deutschland hat mit einem erwarteten Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung von gut 20 Prozent im Jahr 2022 noch immer die siebthöchste Quote in der EU. Einen massiv höheren Wert weist laut der EU-Statistikbehörde Eurostat nur Irland auf. Italien, Spanien und Frankreich kommen dagegen nur noch auf Quoten von jeweils knapp 16, 13 sowie 11 Prozent, und auch Grossbritannien und die USA haben einen deutlich tieferen Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der heimischen Bruttowertschöpfung als Deutschland.

20-jährige Schrumpfung - Anfang der 1970er Jahre hatte die Industrie noch einen Anteil von 40 Prozent an der Bruttowertschöpfung. Dann begann eine rund 20-jährige Schrumpfung. Doch in den vergangenen 25 Jahren hat sich die Industrie zwischen Nordsee und Alpen dann aber als sehr robust erwiesen. Seit 1995 ist der Anteil an der Bruttowertschöpfung lediglich um gut 2 Prozentpunkte gesunken, während er in vielen anderen Ländern oft mindestens doppelt so stark zurückgegangen ist, zum Beispiel in Frankreich um fast 6 und in Schweden sogar um deutlich mehr als 7 Prozentpunkte. Die Bruttowertschöpfung umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert zu Herstellungspreisen ohne Steuern.

Obwohl Deutschland damit eine veritable Industriemacht geblieben ist, entbrannte durch die stark gestiegenen Energiekosten infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine und einer verfehlten Energiepolitik in den vergangenen zwölf Jahren jüngst eine Diskussion über eine anstehende Phase der verschärften Deindustrialisierung Deutschlands, bei der die Chemieindustrie sowie die Autobranche samt Zulieferern womöglich im Mittelpunkt stehen. Zur teuren Energie kommen auch noch hohe Steuern, überbordende Bürokratie, fehlende Arbeits- und Fachkräfte sowie andere Standortnachteile mehr.

Gleich mehrere Warnsignale - Ökonomen orten vor allem zwei Warnsignale für den Anfang einer möglicherweise schleichenden Deindustrialisierung. Zum einen ist der Produktionsindex des verarbeitenden Gewerbes seit knapp sechs Jahren in der Tendenz eindeutig rückläufig. Seit dem Hoch nach der Finanzkrise im November 2017 ist der Index um mehr als 11 Punkte gesunken. Der Output der Industrie schrumpfte also, während er in Nachbarländern zugleich teilweise boomte, wie Gabriel Felbermayr, Vorsitzender des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Wien, in einem Vortrag beim Münchener Ifo-Institut im November sagte.

Zum anderen ist gemessen an den Direktinvestitionsflüssen seit 2019 massiv Kapital aus Deutschland abgeflossen. Laut dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) stellen die Nettokapitalabflüsse über 132 Milliarden Dollar im Jahr 2022 den höchsten bisher verzeichneten Wert dar. Damit hatte Deutschland zudem den höchsten Abfluss unter 46 bedeutenden Staaten.

Der IW-Ökonom Christian Rusche sieht dafür mehrere mögliche Gründe. Durch das Brüsseler Umverteilungsprogramm Next Generation EU würden seit Juni 2021 rund 800 Milliarden Euro an Zuschüssen und Krediten für EU-Staaten gewährt. Dabei ist Deutschland Nettozahler. Die durch die Gelder ausgelösten Investitionen fänden jedoch nicht in Deutschland statt, was zu Abflüssen von Kapital ins Ausland beigetragen haben könnte. Zudem könnte die Automobilindustrie infolge zu hoher Abgasgrenzwerte, deren Verschärfung Ende 2018 beschlossen worden sei, an Wettbewerbsfähigkeit eingeübt haben.

Standortattraktivität eingeübt - Darüber hinaus nennt auch Rusche hohe Energiepreisteigerungen durch den Krieg in der Ukraine und Unsicherheiten bezüglich Energiesicherheit, niedrige Wachstumsraten infolge einer ungünstigen demografischen Entwicklung sowie Investitionen von Unternehmen zur Sicherung wichtiger Rohstoffe im Ausland als mögliche Gründe für den grossen Abfluss von Kapital. Hinzu kämen die hohen Arbeitskosten samt Fachkräftemangel.

Sehr alarmierend erscheint dabei, dass 60 Prozent des abgeflossenen Kapitals im Jahr 2022 in den Euro-Raum gegangen sind, wobei Frankreich die meisten Investitionsprojekte verzeichnete. Deutschland scheint also in Europa relativ an Standortattraktivität zu verlieren.

Die Gefahr einer Deindustrialisierung erscheint also real. Allerdings ist die Entwicklung oft auch innerhalb des verarbeitenden Gewerbes heterogen. Grosse Investitionen im Ausland gab es laut dem Ifo-Institut vor allem in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und in der Autobranche samt Zuliefererindustrie. Im Inland kam es dagegen beispielsweise in den Jahren bis 2021 in der pharmazeutischen Industrie zu einem Beschäftigungsaufbau, während die Metallerzeugung und Metallverarbeitung einen Abbau verzeichnete.

Ferner ist die Autoindustrie, eine der wichtigsten Branchen des verarbeitenden Gewerbes, in einer Sondersituation. Zum einen war sie sehr stark von Lieferkettenproblemen und dem Halbleitermangel infolge der Corona-Pandemie betroffen. Zum anderen ist sie durch die Abkehr vom Verbrennungsmotor, die Digitalisierung und den Trend zum (teil)autonomen Fahren besonders stark von einem strukturellen Wandel betroffen, der mit neuen Wettbewerbern und einer enormen Globalisierung einhergeht. Bereits im Jahr 2019 produzierten die deutschen Autohersteller erstmals mehr Fahrzeuge in China als daheim.

Viele Branchen bauen zwar in Deutschland (noch) nicht ab, aber auch nicht mehr auf. Von einer Produktionsverringerung auf dem Heimmarkt könnten laut dem Ökonomen Steffen Müller vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) vor allem Produkte mit hoher Gasintensität und leichter Substituierbarkeit durch Importe betroffen sein. So könnte die chemische Industrie etwa gasintensive Vorprodukte aus dem Ausland beziehen, anstatt sie selbst herzustellen. Deindustrialisierung im Sinne eines Strukturwandels findet also statt.

Subventionen keine Option - Teuer werde die Anpassung vor allem bei gasintensiven Produkten, die nur schwer durch Importe ersetzt werden könnten. Eine solche Konstellation betreffe vor allem die Papier-, Chemie- sowie Glas- und Keramikindustrie. Da die Energiepreise in Deutschland aber vor allem im Vergleich mit den USA hoch bleiben würden, seien Subventionen keine dauerhafte Option, es sei denn, es drohten kritische Versorgungsengpässe für die Bevölkerung.

Der Staat sollte deshalb Strukturwandel zulassen und nicht auf Kosten der Steuerzahler aufschieben, zumal deshalb in Deutschland weder Massenarbeitslosigkeit noch Einkommensverluste in grossem Stil drohten. Der Gaspreisschock sei nicht das Ende der Industrie. Allerdings erscheint es angesichts der teuren Energie umso wichtiger, endlich andere Standortfaktoren zu verbessern, dazu gehören niedrigere Steuern, Entbürokratisierung und ein Anwerben von Facharbeitskräften.

Eine klare Konzeption, mehr personelle, finanzielle und materielle Mittel!

Kriegsverhinderung durch eine starke Verteidigungsarmee

Willy P. Stelzer

Kdt Pz Bat 20 aD, Of im Stab FAK 2/ Co-Autor der Bücher «Erinnerungen an die Armee 61» und «Mut zur Kursänderung», Volketswil ZH

Der Titel von Willy Stelzer ist falsch gewählt!

Kriegsprovozierung durch eine schwache Armee lautet der richtige Titel!

Die 26 Forderungen von Willy Stelzer sind keine Forderungen, sondern lediglich Hinweis auf die Unterlassungen in der Schweizerischen Sicherheitspolitik. Die echten Verfechter einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik stellen keine Forderungen, sie wurden seit 40 Jahren nicht gehört, wie soll sich dies ändern? **Aber sie haben allen Grund auf die Unterlassungen und Verfehlungen der Schweizerischen Sicherheitspolitik in den letzten 40 Jahren hinzuweisen.**

„Nur die allergrössten Kälber wähen ihre Metzger selber“! Die Schweiz wurde sicherheitspolitisch längst auf die Schlachtbank geführt!

Es ist unbestritten, dass wir uns in einer Zeitenwende befinden, was die Sicherheit in Europa und weltweit betrifft. Europäische Staaten, aber auch Länder wie Japan und Australien, haben beschlossen aufzurüsten und dafür zwei Prozent ihres

Bruttoinlandproduktes (BIP), also ihrer gesamten volkswirtschaftlichen Leistung, aufzuwenden. In Bundesbern ist der Groschen noch nicht gefallen.

Aus der Vergangenheit haben die Verantwortlichen nichts gelernt: Das Swissair-Debakel, die staatliche Rettung der UBS und nun der unglaubliche Niedergang der Credit Suisse haben im Verteidigungsdepartement VBS nichts bewirkt. In den drei genannten Fällen sind die Gründe vor allem der mangelhaften Führung, dem Grössenwahn und dem Negieren von Warnsignalen zuzuschreiben. Gleiches zeichnet sich beim dringend nötigen Wiederaufbau einer glaubwürdigen Armee ab. Die Zeichen (Menetekel) an der Wand werden negiert. So hat sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bereits im Dezember 2021 abgezeichnet, und zwar aufgrund von öffentlich zugänglichen Informationen, dass Putin eine 120'000 Mann starke Armee aus Sibirien nach Westen verschoben hat. Dies konnte auf keinen Fall nur eine Übung oder ein Manöver sein.

Die Führung von Staaten und insbesondere von Armeen hat sich auf das Unerwartete und Unwahrscheinliche vorzubereiten. Das gilt auch für die Schweiz. Doch herrscht auch nach Putins Überfall auf die Ukraine immer noch die Meinung vor, etwas Ähnliches sei – was unser Land betrifft – undenkbar. Nicht auszuschliessen ist jedoch, dass Russland zum Beispiel Polen angreift, und dieses Land grenzt bekanntlich an unseren Nachbarn Deutschland.

Gescheiterte WEA-Armee

Die WEA-Armee („Weiterentwicklung der Armee“) ist gescheitert. Unsere Armee verfügt derzeit über keine klare Konzeption. Zwar besteht ein Rüstungsprogramm 2023. Dieses ist jedoch nicht in ein langfristiges Konzept eingebunden. Noch immer werden Waffensysteme ohne tauglichen Ersatz eliminiert; letztes Beispiel ist das „Rapier“-Luftabwehrsystem. Immerhin ist der Abbau des landesweit an den „passages obligés“ installierten Festungsminenwerfers (Doppelmörser) endlich gestoppt worden. Dies allerdings erst nach massiven Protesten. Das Ganze offenbart die aktuelle Konzeptlosigkeit und erinnert an die Abfolge «ordre, desordre, contreordre».

Fragwürdige Kommission

Die bereits vom VBS einberufene „Studienkommission Sicherheitspolitik“ (sie soll Impulse geben für die Sicherheitspolitik der kommenden Jahre, s. Kasten) ist sehr einseitig zusammengesetzt und wenig kompetent. Ihr Präsident (Valentin Vogt, ehem. Arbeitgeberpräsident) hat keine Milizoffiziere beigezogen, welche sich seit Jahrzehnten intensiv und aus der Praxis mit der Armee befassen. Mit dem Kommissionsmitglied Christian Catrina hingegen, dem ehemaligen „Chef Sicherheitspolitik“ im VBS, hat man den Bock zum Gärtner gemacht. **Er ist massgeblich verantwortlich für den unsäglichen Armee-Abbau, der durch Bundesrat Villiger eingeleitet und durch Adolf Ogi und Samuel Schmid vorangetrieben wurde.**

Das Armee Konzept 30

Die Nachlässigkeiten der Schweizerischen Sicherheitspolitik seit dem Fall der Berliner Mauer!

Ein «Armee-Konzept 30» muss die folgenden Forderungen erfüllen, **basierend auf den Bundesverfassungs-Artikeln 57-59. Dies mit der Zielsetzung, wieder eine glaubwürdige Armee mit Dissuasions-Wirkung** aufzubauen:

1. Ausreichende Finanzierung der Armee mit zwei Prozent des BIP. Zugunsten der Armee-Finanzierung grundsätzliche Überprüfung aller «gesetzesgebundenen» Bundesausgaben im In- und Ausland (zurück zu so viel als notwendig)

2. **«Emission einer quellensteuerfreien Bundes-Obligation mit attraktivem Zinssatz»**
(Wehranleihe) **Gegenargument Schuldenbremse!**
3. Armeebestand auf **mindestens 300'000 Armeeangehörige** (AdA) erhöhen
4. **Wiedereinführung der Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer;** mittelfristig Ersatz des Zivildienstes durch eine besser geeignete Organisation
5. Einführung der Militärdienstpflicht für Mann und Frau (Beispiel Norwegen)
6. **Militärdienstleistung verlängern; Dienstpflicht bis 45 Jahre**
7. **Wiedereinführung der Heeresklassen** (Auszug und „Landwehr“)
8. **Wiedereinführung der Funktionen Generalstabschef und Ausbildungschef**
9. **Wiedereinführung der „Kommission für Militärische Landesverteidigung“ (KML)** unter Einbezug der Kommandanten der grossen Verbände. Nein zur Armeeführung „ab Bern“. Wiederherstellung der kantonalen Militärhoheit
10. **Gliederung der Armee in vier Armeekorps sowie in Divisionen, Brigaden und Flughafen - Regimenter**
11. **Unverzügliche vollständige Ausrüstung aller Truppenkörper**
12. **Unverzügliche Kampfwertsteigerung der 96 eingelagerten Leopard 2**
Es gibt keine einsatzfähige, der heutigen Kriegsführung entsprechenden Panzer auf Lager
13. **Beschaffung der notwendigen (fehlenden) Schützenpanzer 2000 zur vollständigen Ausrüstung der mechanisierten Verbände**
14. **Beschaffung einer modernen Artillerie und Raketen-Artillerie**
15. **Beschaffung und Eigenentwicklung von Drohnen**
16. **Sicherstellung eines sechsmonatigen Munitionsvorrates für alle Waffen**
17. **Wiederabgabe der Taschenmunition**
18. **Dezentralisation der Armee-Logistik; dezentralisierte Lagerung des Armee-Materials**
19. **Wiederherstellung einer alle Truppenkörper umfassenden Mobilmachungs-Organisation**
Die WEA hat diesbezüglich ihren Auftrag nicht erfüllt
20. **Wiedereinführung von Manövern grosser Verbände;** Armee für die Bevölkerung wieder sichtbar machen
Die Armee übt für den Ernstfall, ohne Üben kein Kriegserfolg
21. **Reaktivierung von Festungen im Alpenraum und der 102 Doppelmörser**
(Festungsminenwerfer an den «passages obligés»)
Keine Feuerwehr entledigt sich ihrer Schläuche bevor Ersatz bereitsteht!
22. **Ausserdienststellung von Waffen/Material nur, wenn Ersatz vorhanden**
23. **Bau von Kavernen für Kampfflugzeuge, Kampfhelikopter und Kampffahrzeuge**
hängt von den Beständen der entsprechenden Kampfverbänden ab
24. **Wiedereinführung eines soliden Geschichts-Unterrichts in der Volksschule**
25. **Landeshymne ab der 3. Schulklasse üben**
26. **Wiedereinführung von «Heer und Haus» auf neuer Grundlage zur Stärkung des Wehrwillens**

Bei diesen Feststellungen fehlt nur ein 27. Punkt, der heute wichtiger denn je ist. Alle sprechen davon, aber niemand ist in der Schweiz bereit zu handeln. Nicht einmal der langjährige Chef der Armee CdA André Blattmann war in der Lage, hier ein Zeichen zu setzen, obwohl er ursprünglich in der Fliegerabwehr seine militärische Grundausbildung erhielt!....

27. Dringender Ersatz und Verstärkung der Luftabwehr! - Die Schweizerische Luftabwehr ist seit der Aufgabe des Lenkwaffensystems Bloodhound und der

Absicht, die geringen Bestände der Rapier- und Stinger-Lenk Waffen ausser Betrieb zu setzen, diese Systeme seien veraltet, praktisch nackt in der Luftabwehr. Die zwei Systeme Patriot sind zwar bestellt, aber noch nicht geliefert. Zudem kann mit nur zwei solcher Systeme die Luftabwehr der Schweiz nicht sichergestellt werden! Somit verfügt die Armee zum heutigen Zeitpunkt nur über eine stark reduzierte Anzahl von Luftabwehrgeschützen der 35mm Mittleren Flak mit einer Wirkungsdistanz bis 4000 Meter!

So wird dem Grundsatz «Si vis pacem para bellum» (Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor) wieder Rechnung getragen.

Willy P. Stelzer

Die Kriegsvorsorge wurde seit 40 Jahren sträflichst vernachlässigt. Die glaubwürdige, einsatzbereite und vollständig ausgerüstete Armee ist die beste und billigste Versicherungsprämie!

Mitglieder der Studienkommission Sicherheitspolitik

Valentin Vogt, ehem. Präsident des Arbeitgeberverbandes (Kommissionspräsident); Mitglieder: Christian Catrina, ehem. Chef Sicherheitspolitik VBS; Ständerat Thierry Burkart (FDP); Nationalrat Pierre-Alain Fridez (SP); Nationalrätin Ida Glanzmann (Mitte); Nationalrat Thomas Hurter (SVP); Nationalrat Francois Pointet (GLP); Nationalrätin Marionna Schlatter (Grüne); Joachim Adler, stv. Chef Sicherheitspolitik VBS; Samantha Besson, Professorin für Völkerrecht und Europarecht; Elisa Cadelli, Präsidentin Foraus; Peter Gehler, Vorstandsmitglied Economiesuisse; Katja Gentinetta, politische Philosophin; Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaft; Wolfgang Ischinger, ehem. Staatssekretär und Botschafter aus Deutschland; Marco Jorio, Historiker; Karin Kayser-Fritschi, Co-Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren; Dominik Knill, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft SOG; Michael Leupold, Kdt der Kantonspolizei Aargau; Daniel Möckli, Chef Policy Planning EDA; Philippe Rebord, ehem. Armeechef; Jakob Signer, Präsident der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr.

Kommentar in der Schweizerzeit SZ: Leute mit militärischem Sachverstand und Truppenerfahrung sind äusserst dünn gesät.

Was soll dieses überhaupt nicht repräsentativ und zudem ohne militärischen Sachverstand zusammengestellte Gremium? Diese oben aufgeführten Personen mit Ausnahme von SOG-Präsident Dominik Knill, Michael Leupold, Kdt der Kantonspolizei Aargau und Philipp Rebord, ehem. Armeechef (CdA) bringen diese Mitglieder wohl insgesamt keine 5000 Dienstage auf die Waage! Und dieses Gremium soll über die Zukunft der Schweizer Armee entscheiden? Kaum ein Mitglied dieses Gremiums hat wohl während Jahren eine Kompanie als Hauptmann geführt, Wenige sind wohl nur über eine Stabsmitarbeit zum militärischen Grund eines Hauptmanns, eventuell Major oder gar Oberstleutnants gelangt!

Sollte der Verfasser „Meiner täglichen Gedanken“ in seiner Analyse nicht ganz richtig liegen, so dürfen sich Personen dieser Liste, welche sich über einen militärischen Grad eines Majors und zugleich mindestens einer Kompaniekommandanten-Funktion ausweisen können, melden.

Leserbrief vom ehemaligen Korpskommandanten Simon Kuchler Sicherheit nur für drei Wochen?

Unterstützende Gedanken zum Artikel von Major Willy Stelzer
in der „Schweizerzeit“ vom 18. August

In der kritischen Weltlage will man offenbar im VBS die Kampfkraft der Armee gemäss einer neuen Armeebotschaft wieder erhöhen. Dabei wird eingestanden, dass die heutige Armee etwa 3 Wochen verteidigen könnte. Was verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass dieser 3wöchige Kampf sich auf einen Grenzabschnitt beschränken würde, weit entfernt von der Verfassungsforderung, das (ganze) Land und seine Bevölkerung zu verteidigen und zu schützen und nicht nur einen Abschnitt und nur für drei Wochen. Auch der in der Verfassung geforderte Schutz der Bevölkerung und lebenswichtiger ziviler Anlagen könnte nie und nimmer gewährleistet werden. Der stetige Armeeabbau begann mit der Armee XXI unter BR Ogi und ging weiter über die BR Schmid und BR Maurer. Wenn wir ein Verfassungsgericht hätten, wäre eine Klage unumgänglich gewesen. Mehrere Professoren hatten bestätigt, dass der Armeeabbau in verschiedenen Belangen verfassungsverletzend sei. Es bestehen Zweifel, ob die vom VBS einberufene Studienkommission Sicherheitspolitik genügend Wissen und Einsicht in die Problematik hat. Zum Teil waren Mitglieder schon aktiv bei den bisherigen Fehlplanungen. Ich unterstütze die 26 Forderungen von Major Stelzer in seinem Artikel vorbehaltlos. Nur so kann wieder eine glaubwürdige Armee aufgebaut werden. Zudem ist vor kurzem ein Buch von Divisionär aD Paul Müller erschienen mit dem Titel „Die Reformen der Schweizer Armee seit 1961“ Bezugsquelle: www.armeemuseum.ch/shop. Wenn die Armee nach Müllers und Stelzers Kriterien reformiert würde, wäre sie wieder schlagkräftig, glaubwürdig und verfassungskonform.

KKdt aD Simon Kuchler, Steinen